

verstehen | beteiligen | verändern

Berliner Landeszentrale
für politische Bildung

BERLIN MITGESTALTEN!

Bürgerbeteiligung bei
Bauvorhaben und
Stadtentwicklung



Inhaltsverzeichnis

Berlin verändert sich.	4
Berlins Zukunft geht alle an.	5
Was ist Bürgerbeteiligung?	6
<i>Wie man miteinander ins Gespräch kommt: Stadtgut Hellersdorf</i>	8
Wie entsteht ein Bauprojekt?	10
Wie funktioniert Stadtentwicklung?	12
Wer baut eigentlich was?	14
Wer beteiligt? Warum beteiligen? Und wann?	16
Wer redet alles mit?	18
<i>Was Bürgerbeteiligung erreichen kann: Park am Gleisdreieck</i>	20
Wie geht Bürgerbeteiligung?	22
Stufe 1: Mitdenken	23
Stufe 2: Mitreden	24
Stufe 3: Mitgestalten	25
Stufe 4: Mitentscheiden	26
Auf die Menschen zugehen!	27
Auch Kinder und Jugendliche sind gefragt!	28
<i>Lerninseln am Albert-Schweitzer-Gymnasium</i>	29
Was spricht für Beteiligung? Und was dagegen?	30
Wie geht es weiter?	34
Wen kann ich ansprechen?	36
Wo erfahre ich mehr?	37
Impressum	38

BERLIN VERÄNDERT SICH.

Berlin wächst und wächst: 2011 lebten rund 3,4 Millionen Menschen hier. 2016 waren es fast 250.000 mehr. Bis 2030 könnten noch einmal 180.000 Menschen dazukommen.

Deshalb wird in der Stadt viel gebaut. Berechnungen des Senats haben 2016 gezeigt: Bis 2021 werden jedes Jahr 20.000 Wohnungen gebraucht. Von 2022 bis 2030 müssten dann noch einmal 94.000 neue Wohnungen gebaut werden.

Wohnungen allein reichen aber nicht. Fast genauso wichtig sind Schulen, Kindergärten, Parks und andere öffentliche Ein-

richtungen. Ein Beispiel: Die rund 500.000 Kinder in Berlin können heute auf 1.840 Spielplätzen miteinander spielen. Das klingt nach reichlich Platz zum Spielen. Es sollte aber schon jetzt deutlich mehr sein. Für neue Straßen, Busse und Bahnen muss ebenfalls gesorgt sein, genau wie für Orte zum Arbeiten oder Einkaufen.

All das zu bauen ist nicht einfach, weil die Fläche der Stadt ja nicht zunimmt. Trotzdem ist es gut, dass die Bevölkerung wächst. Denn die Wirtschaft wächst mit. So entstehen neue Arbeitsplätze. Außerdem bringen die neuen Menschen neue Ideen mit. Davon profitiert ganz Berlin.

Bestand
Dezember 2017



1.932.296 Wohnungen

Neubaubedarf
bis 2030



194.000 Wohnungen

BERLINS ZUKUNFTGEHT ALLE AN.

Die Kieze der Stadt sind bunt und lebendig. Viele Menschen leben hier Tür an Tür: Alte und Junge, Reiche und Arme, Menschen von hier und Menschen von anderswo. Diese sogenannte Berliner Mischung ist typisch für die Stadt und soll erhalten bleiben.

Das wird am besten gelingen, wenn nicht nur einige wenige entscheiden, wie die Stadt sich entwickelt. Wenn es darum geht, wie und wo wir wohnen wollen, sind wir alle Experten und Expertinnen. Natürlich hat jede und jeder dabei eigene Wünsche und Vorstellungen. Umso wichtiger ist es, darüber zu sprechen und gemeinsam mit den Verantwortlichen abzuwägen, welche Lösungen für den Kiez oder die Stadt am besten sind.

Dass Bürger und Bürgerinnen ins Bauge-schehen eingreifen, hat in Berlin schon viel bewirkt. Spätestens ab den 1970er Jahren protestierten die Menschen gegen die damalige Baupolitik. Viele alte Viertel sollten abgerissen und neu gebaut werden. Die Proteste haben das an vielen Orten verhindert. Weite Teile von Kreuzberg sind ein Beispiel dafür. Der

öffentliche Widerspruch führte am Ende zum Umdenken. Heute ist eine behutsame Stadterneuerung längst die Leitidee von Berlins Sanierungspolitik.

Die Menschen entscheiden deshalb aus gutem Grund mit, was wo gebaut wird. Niemand braucht heute noch das Gefühl zu haben, er oder sie könne nichts ausrichten. Wir können tatsächlich beeinflussen, wie sich Berlin verändert. Vielfältige Angebote, sich zu beteiligen, geben uns Gelegenheit dazu.



WAS IST BÜRGER- BETEILIGUNG?

Deutschland ist eine repräsentative Demokratie. Wir wählen Abgeordnete, die für uns Entscheidungen treffen. Daneben gibt es Formen der direkten Demokratie. Beispiele dafür sind in Berlin Volksbegehren und Bürgerentscheide. Bürgerbeteiligung ist ein dritter Weg, sich für die eigenen Ziele einzusetzen.

Bei vielen Bauprojekten und in der Stadtentwicklung werden die Betroffenen einbezogen. Dabei unterscheidet man zwischen formeller und informeller Bürgerbeteiligung:

- Formelle Bürgerbeteiligung ist gesetzlich vorgeschrieben: Wer wann und wie beteiligt werden muss, steht im Baugesetzbuch.
- Informelle Bürgerbeteiligung ist eine Frage der Vernunft, aber keine Pflicht. Viele, die bauen, und auch Berlins Baubehörden bieten sie freiwillig an.

Die Menschen werden also gefragt. Sie können aber nicht allein entscheiden. Ziel ist es, gemeinsam die beste Lösung zu finden. Das müssen alle Seiten tatsächlich wollen: Bauherren und Bauherinnen, Senat und Bezirke und auch die Bürger und Bürgerinnen.

Es gibt immer eine Lösung, mit der die meisten zufrieden sind oder mit der zumindest alle leben können. Um sie zu finden, muss man frühzeitig:

- miteinander sprechen und dem anderen zuhören
- für alle klarstellen, wer sich woran mit welchem Ziel beteiligen kann,
- eigene Standpunkte klarstellen
- versuchen, andere Standpunkte zu verstehen,
- bereit sein, eigene Ansichten zu überdenken,
- bereit sein, auf andere zuzugehen und Kompromisse zu machen,
- zu gemeinsam gefassten Beschlüssen auch gemeinsam stehen.



WIE MAN MITEINANDER INS GESPRÄCH KOMMT:

Stadtgut Hellersdorf

Das Gelände um das historische Stadtgut Hellersdorf ist ein Ort, an dem für viele neue Wohnungen Platz ist. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft GESOBAU baut dort rund 1.250 Wohnungen. Rund ein Drittel davon wird gefördert und für 6,50 Euro pro Quadratmeter an Menschen mit Wohnberechtigungsschein (WBS) vermietet. Einige davon werden Geflüchteten zur Verfügung stehen. Die denkmalgeschützten Altbauten werden instand gesetzt. Sie wurden bisher durch Gewerbebetriebe genutzt. Auch in Zukunft sollen wieder Läden und Betriebe einziehen. Eine Schule in der Nähe gibt es schon. Sie wird erweitert. Eine Kita, öffentliche Plätze, Spielplätze und zwei Gemeinschaftsgaragen kommen neu dazu.

Die Neubauten werden die Nachbarschaft verändern. Deshalb haben Bezirk und GESOBAU zusammengearbeitet, um die Menschen vor Ort in die Planung einzubeziehen und nach ihrer Meinung zu fragen.

Für das Vorhaben erarbeitet der Bezirk zwei Bebauungspläne. Bei ihrer Aufstellung ist Beteiligung Pflicht. Ein solcher Plan muss öffentlich ausgelegt werden, damit ihn alle Betroffenen kommentieren können. (Mehr zu dieser formellen Beteiligung steht auf Seite 8.)

Zusätzlich gab es in diesem Fall weitere, freiwillige Beteiligungsangebote. Als der erste Bebauungsplan auslag, sind Bezirk und GESOBAU gemeinsam auf die Menschen zugegangen. Bei einer öffentlichen Veranstaltung stellten sie verschiedene Bebauungsmöglichkeiten vor und erläuterten die Pläne: Was wird wo gebaut? Wo entstehen Freiräume? Wie wird der Verkehr zum und vom neuen Viertel laufen? Was passiert mit den historischen Gutsgebäuden?

*„Wir haben die Menschen früh gefragt:
Welche Ideen haben Sie für das Stadtgut?
Was ist Ihnen wichtig?“*

**Jörg Franzen, Vorstandsvorsitzender der
GESOBAU**



Wer teilnahm, konnte direkt auf der Veranstaltung Ideen und Bedenken äußern und persönlich mit den Verantwortlichen sprechen. Außerdem gab es eine Zeitung zum Projekt, später auch drei Workshops mit den Bürgerinnen und Bürgern zu einzelnen Themen, viele weitere Präsentationen für Menschen, die dort wohnen und arbeiten, und zwei Informationstermine speziell für Gewerbetreibende.

Anregungen und Einwände aus allen Terminen wurden aufgeschrieben und einzeln bewertet. Die so entstandene Maßnahmenliste ist Grundlage der weiteren Arbeit von Bezirk und GESOBAU.

Auch an den nächsten Schritten werden die Menschen vor Ort beteiligt. Mittlerweile ist der zweite Bebauungsplan ausgelegt worden. Auch dazu gab es wieder eine Informationsveranstaltung. Auch Workshops sind geplant. Dabei soll zum Beispiel geklärt werden, wie der Gutsplatz und die öffentlichen Grünanlagen aussehen sollen oder wie es mit einer benachbarten Skateranlage weitergeht.

Alle Ergebnisse werden im Internet veröffentlicht und laufend aktualisiert: www.gesobau.de/neubau/neubauprojekte/stadtgut-hellersdorf

WIE ENTSTEHT EIN BAUPROJEKT?

Stadtentwicklung hat viele Gesichter: Neue Häuser werden gebaut, vorhandene müssen modernisiert oder erweitert werden. Ein Bauprojekt kann dabei den Innenausbau, die Architektur, aber auch den Städtebau* betreffen. Neben Gebäuden kann es zudem um Freiräume gehen: also um Höfe, Gärten, Parks, Plätze oder Straßen. Je nach Art und Zuschnitt kann ein Bauprojekt deshalb recht unterschiedliche Wege nehmen. Eines aber haben alle gemeinsam. Am Anfang steht die Idee: Ich will bauen!

Was, wie und wo gebaut wird, darf in Deutschland niemand allein entscheiden. Berlin ist dicht besiedelt. Von einem Bauprojekt sind daher immer viele betroffen. Deshalb steuern Senat und Bezirke auf

* Der **Städtebau** beschäftigt sich mit der Frage, wie Gebäude in einem Gebiet angeordnet sind. Dabei geht es um das Aussehen ganzer Gebäudegruppen, Siedlungen und Quartiere. Das schließt Größe und Lage der Freiräume ein. Bei großen Bauvorhaben wird meist erst über den Städtebau entschieden, ehe es an die Planung der konkreten Architektur geht.

Basis von Bundes- und Landesgesetzen das Bauen und die Stadtentwicklung.

Das geschieht einerseits vorausschauend: durch Planungen, Vorgaben und Strategiepapiere für die ganze Stadt. Andererseits greift die öffentliche Kontrolle auch im konkreten Fall: Bauwillige brauchen für ihr Projekt eine Erlaubnis. Diese Baugenehmigung erteilen die Behörden.

Planen und steuern – zwei Seiten einer Medaille

Ein typisches Bauprojekt durchläuft mehrere Phasen. Dieser Ablauf gleicht einem Zickzack zwischen Bauherren- und Behördenseite. Die eine Seite ist für Entwurf, Planung und Bauausführung verantwortlich, die andere steuert und kontrolliert alles.

Einzige Ausnahme: Bei öffentlichen Bauvorhaben wie Schulen, Straßen oder Parks liegen beide Seiten in der Hand der Behörden. Aber auch dann sind Kontrollen immer Teil des Ablaufs. Das stellt sicher, dass im Sinne der Allgemeinheit geplant wird.

Ablauf eines typischen Bauprojekts



Rahmen setzen:

- Welche Nutzung ist wo möglich?
(festgelegt im Flächennutzungsplan)
- Wie hoch darf gebaut werden?
- Was muss noch beachtet werden?
(zum Beispiel Natur- und Umweltschutz,
Lärmschutz, Verkehrs- oder Sicherheitsfragen)



- Bauantrag prüfen
- Bebauungsplan aufstellen
- Baugenehmigung erteilen



- Projektidee entwickeln
- Finanzierung klären
- Projekt/Architektur entwerfen
- Bauunterlagen einreichen



- Bauausführung kontrollieren
- Bauergebnis prüfen
(Bauabnahme)



- Bauen

WIE FUNKTIONIERT STADT- ENTWICKLUNG?

Bauleitplanung

Ein wichtiges Werkzeug, mit dem Behörden die räumliche Entwicklung einer Stadt lenken, ist die Bauleitplanung. Sie hat zwei Stufen:

1. Flächennutzungsplan*
(vorbereitender Bauleitplan)

2. Bebauungsplan**
(verbindlicher Bauleitplan)

Auf beiden Stufen ist eine Beteiligung der Öffentlichkeit Pflicht. Wie genau das geschieht, schreibt das Gesetz nicht vor. Es sagt aber: Die Menschen müssen „ausreichend Gelegenheit, sich zu unterrichten, und angemessene Gelegenheit zur Stellungnahme“ haben.

* Der **Flächennutzungsplan** gilt für ganz Berlin. Er zeigt, welche Flächen wie genutzt werden. Fragen, die er beantwortet, sind zum Beispiel: Wo liegen Wohngebiete? Wo kann sich Gewerbe ansiedeln? oder: Wo muss Platz für eine noch nicht gebaute Schule freibleiben? Einen so komplexen Plan aufzustellen dauert lange. Er wird deshalb immer wieder fortgeschrieben, also nur in Teilen aktualisiert.

Baugenehmigung ohne Bebauungsplan

Behörden können auch ohne Bebauungsplan eine Baugenehmigung erteilen. Das geschieht meist dann, wenn sich ein Neubau in die vorhandene Bebauung einfügt und die Nachbarschaft nicht oder nur wenig verändert. Grundlage dafür ist der Paragraph 34 im Baugesetzbuch.

In diesem Fall ist eine Beteiligung gesetzlich nicht vorgeschrieben. Senat und Bezirke beteiligen Bürgerinnen und Bürger zumindest bei größeren Bauprojekten trotzdem.

** Ein **Bebauungsplan** gilt für ein bestimmtes Grundstück oder einen Bereich. Er macht Vorgaben für die Bebauung und schafft Baurecht: Liegt ein Bebauungsplan vor, ist für die Baugenehmigung nur noch entscheidend, ob das Bauprojekt die Vorgaben des Bebauungsplans erfüllt.

Ob ein Bebauungsplan nötig ist, entscheidet die Gemeinde. In Berlin ist das meist der Bezirk. Es kann aber auch der Senat sein – zum Beispiel bei Projekten wie der Europacity in Mitte, die für ganz Berlin wichtig sind.

Mit Weitblick planen

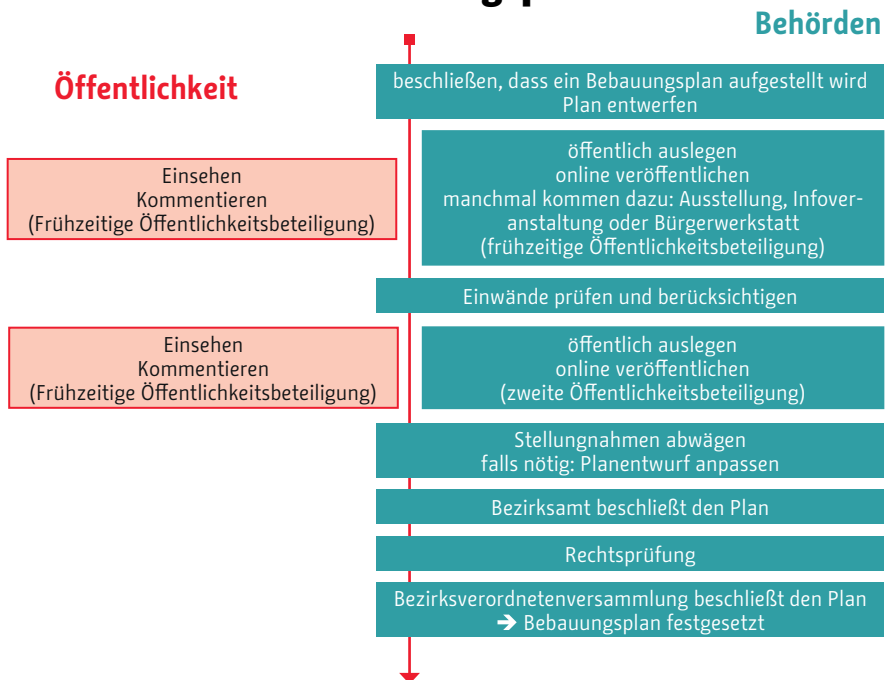
Es gibt viele Instrumente zur vorausschauenden Planung, deren Vorgaben in die Bauleitplanung einfließen.

- Das können stadtweite Strategien und Programme zu bestimmten Themen sein. Dazu gehören unter anderem das Landschaftsschutzprogramm, die Grünstrategie oder Stadtentwicklungspläne, beispielsweise zu den Themen Wohnen, Wirtschaft oder Zentren.
- Es können auch Planungen und Verfahren sein, die nur für ein bestimmtes Gebiet gelten. Dazu gehören zum

Beispiel Stadtteilentwicklungs- und Zentrenkonzepte oder die Ausweisung von Sanierungs-, Stadttumbau- oder Entwicklungsgebieten.

In die Arbeit an solchen Rahmenplanungen ist die Öffentlichkeit in Berlin immer eingebunden – oft sogar mehrmals. Aktuelle Beispiele sind die Ausweisung der Neuen Mitte Tempelhof als Stadttumbaugebiet oder die vorbereitenden Untersuchungen zur städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Blankenburger Süden.

So entsteht ein Bebauungsplan



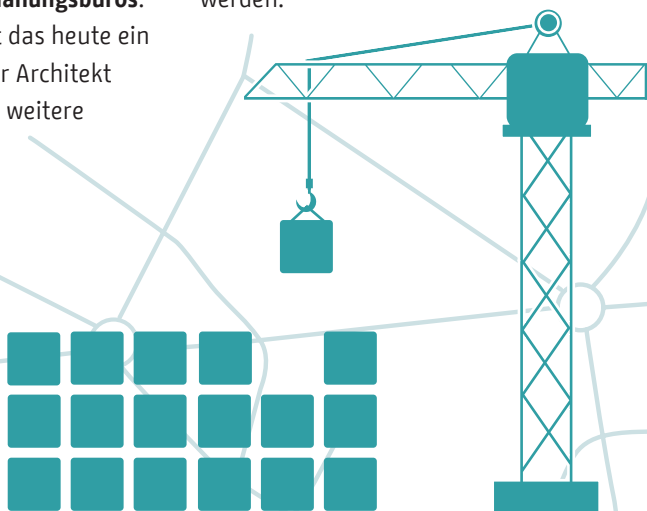
WER BAUT EIGENTLICH WAS?

„**Bauherr**“ bezeichnet eine der Hauptrollen im Baugeschehen. Diese Rolle ist weit vielfältiger, als es das knappe Wort andeutet: Es kann eine Frau oder ein Mann sein, eine Familie, aber auch eine Gruppe von Bauwilligen (Baugruppe), ein Unternehmen, eine Organisation oder eine öffentliche Einrichtung. Er oder sie können gemeinnützig oder gewinnorientiert ausgerichtet sein. Sie bauen manchmal für sich selbst, manchmal für andere. Und sie können das Projekt mit eigenem Geld oder mit Mitteln anderer finanzieren.

Den konkreten Entwurf zum Projekt liefern **Architektur- und Planungsbüros**. Bei größeren Projekten ist das heute ein ganzes Planungsteam. Der Architekt oder die Architektin holen weitere

Fachleute ins Boot – zum Beispiel für die Außenanlagen, für Statik, Haustechnik, Brandschutz oder Denkmalschutzfragen. Ähnliches gilt für die Ausführung, also das Bauen im engeren Sinne. Auch damit beauftragen die meisten Bauherren und Bauherinnen externe **Baufirmen**.

Wer baut, arbeitet während des Projekts also eng mit anderen zusammen, die investieren, planen oder den Bau ausführen. Dabei ist es sinnvoll, auch die Öffentlichkeit einzubinden. Die Bürger und Bürgerinnen können zum Beispiel bereits an den Vorüberlegungen oder bei einem Architekturwettbewerb beteiligt werden.



	Einzelperson	Familie	Baugruppe/ Baugemeinschaft	Wohnungsbaugesell- schaft	Wohnungs-/ Baugenossenschaft	Projektentwicklungs- gesellschaft	Unternehmen	Gemeinnützige Organisation	Kultureinrichtung	Träger-/ Betreibergesellschaft	Kirche/ Religionsgemeinschaft	Bund/Bundesbehörden	Senat	Bezirk
Einfamilienhaus														
Mehrfamilien- haus														
Wohnsiedlung														
Bürohaus														
Amt/ Behördensitz														
Fabrik														
Einkaufszen- trum														
Hotel														
Museum														
Parkhaus														
Kita/Hort														
Spielplatz														
Schule														
Nachbar- schaftszentrum														
Park														
Grünanlage am Haus														
Stadtplatz														
Straße														

WER BETEILIGT? WARUM BETEILIGEN? UND WANN?

Berlins Behörden, landeseigene Unternehmen und die städtischen Wohnungsbaugesellschaften setzen auf eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit. Das geht weit über das hinaus, was das Gesetz vorschreibt. Dass Bürger und Bürgerinnen an möglichst vielen Bauprojekten teilhaben, ist ausdrücklicher Wille von Politik und Verwaltung.

Bei privaten Bauvorhaben sind Beteiligungsangebote noch nicht ganz so weit verbreitet.

Warum beteiligen?

Für Beteiligung gibt es gute Gründe:

- Sie hilft, die Wünsche der Menschen zu erkennen, die das Gebäude einmal nutzen, mieten oder kaufen sollen.
- Auch das Wissen der Menschen vor Ort kann in das Projekt einfließen.
- Wer baut, kann sein Projekt dadurch bedarfsgerecht planen – und deshalb auch erfolgreicher vermieten oder verkaufen.
- Konflikte werden früh sichtbar und lassen sich deshalb eher lösen.
- Frühe Beteiligung ermöglicht eine

kürzere Planungs- und Bauphase. Das kann spätere, oft teure Verzögerungen verhindern.

- Wer mitgestaltet hat, wird sich später mit dem Gebauten stärker identifizieren. Das erhöht die Akzeptanz in der Bevölkerung.

Die Menschen zu beteiligen hat also ganz praktische Vorteile. Nicht nur bei öffentlichen Bauvorhaben kommen weitere Beweggründe dazu: etwa der Wille, im Sinne des Gemeinwohls zu handeln, Mitsprache zu ermöglichen oder die soziale Gerechtigkeit voranzubringen.

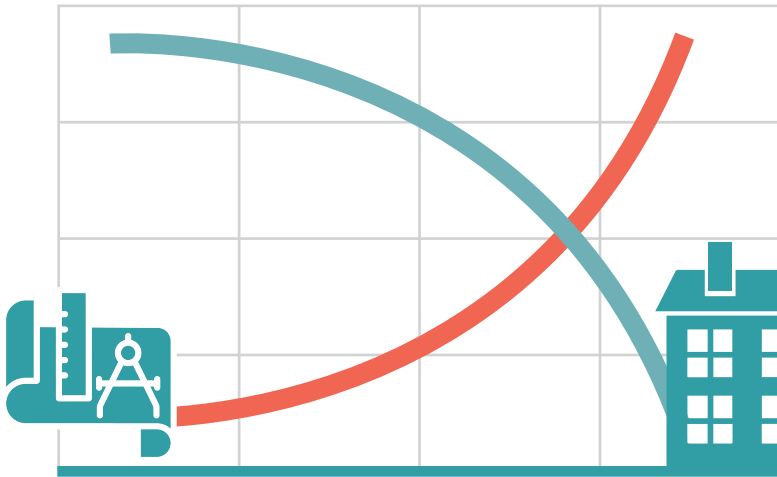
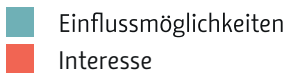
Natürlich ist bei Bauvorhaben Wirtschaftlichkeit wichtig. Sie muss aber nicht das einzige Ziel sein. Beteiligung ist ein gutes Beispiel dafür, dass verantwortungsvolles und wirtschaftliches Handeln oft Hand in Hand gehen.

Und wann?

Die Motive, eine Beteiligung anzubieten, unterscheiden sich von Projekt zu Projekt. Der beste Zeitpunkt ist aber immer

derselbe: Je früher die Öffentlichkeit gefragt wird, desto besser.

Genau da liegt ein Problem: Am Anfang eines Projekts könnten Beteiligte die Planung noch stark beeinflussen. Ihr Interesse ist aber eher gering. Erst wenn die Pläne konkreter werden, nimmt das Interesse zu. Die Chance, Einfluss zu nehmen, nimmt dagegen immer weiter ab.



WER REDET ALLES MIT?

An einem Bauprojekt sind in der Regel viele Partner beteiligt.

Kirchen, Vereine und soziale Organisationen vor Ort

Einrichtungen, die das soziale Miteinander in der Nachbarschaft prägen und viele erreichen, weil sie für viele vor Ort ein fester Anlaufpunkt sind

Gebietsmanagements

Einrichtungen, die sich um ein bestimmtes Quartier kümmern und entsprechend gut vernetzt sind. Das können zum Beispiel Quartiersmanagements oder Stadtteilbüros sein.

Stadtgesellschaft

Alle, die in Berlin leben, wohnen und arbeiten und deshalb (zumindest mittelbar) auch betroffen sind

Behörden

Bezirks- und Senatsverwaltungen – sie steuern die Stadtentwicklung und das Bauen. Manchmal spielen auch weitere Behörden oder andere Abteilungen eine Rolle. Ein Beispiel: Wenn vom Projekt ein Baudenkmal betroffen ist, wird das Landesdenkmalamt (oder die Denkmalbehörde auf Bezirksebene) hinzugezogen. Zudem kann eine Behörde auch selbst Bauherrin sein.

Architektur- und Planungsbüros

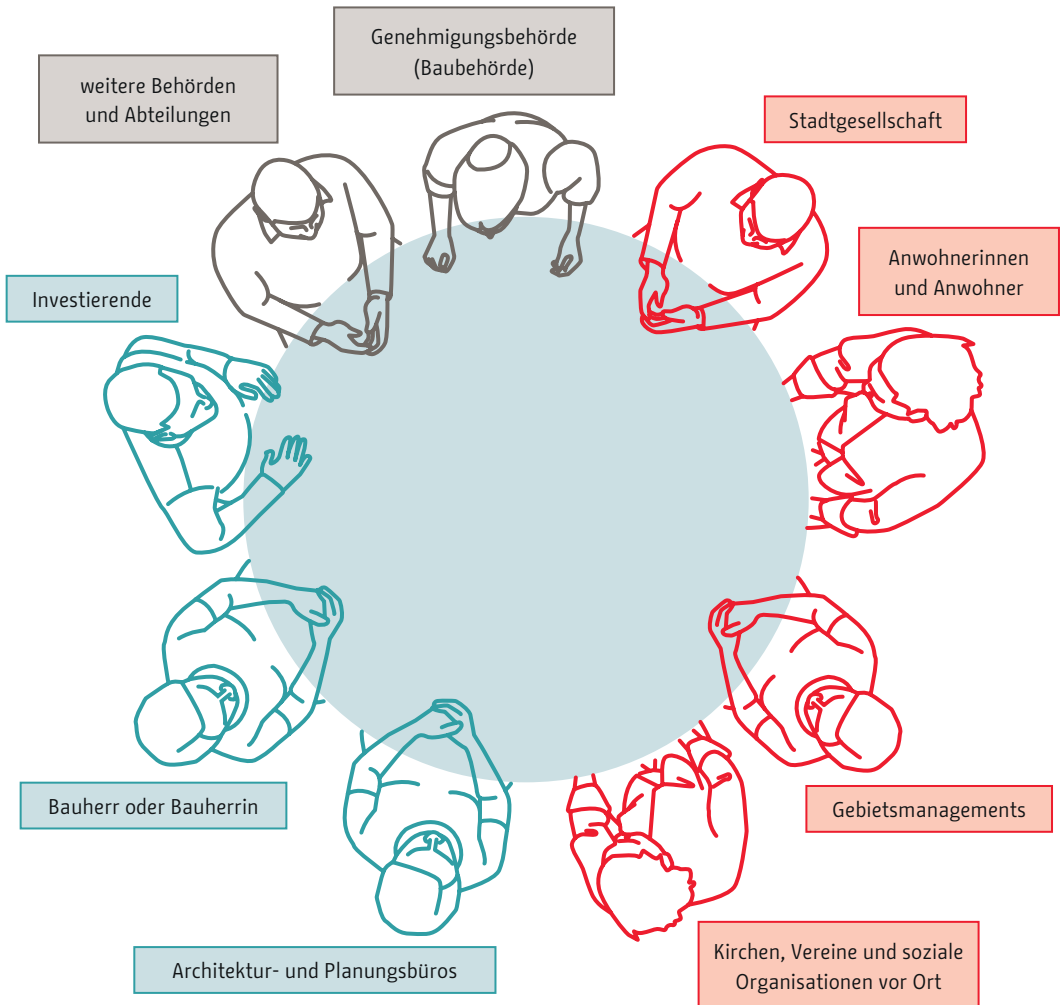
Einzelpersonen oder Büros der für das Projekt erforderlichen Aufgabenbereiche: Städtebau, Architektur, Innenausbau, Freiraumplanung, Verkehrsplanung, Statik, Brandschutz, Haustechnik und Energie sowie viele weitere

Investierende

Banken und andere Geldgeber, die das Projekt finanzieren

Bauherr oder Bauherrin

Einzelpersonen, Baugruppen, Unternehmen oder Einrichtungen, die das Projekt angestoßen haben und die Gesamtverantwortung tragen



WAS BÜRGER- BETEILIGUNG ERREICHEN KANN

Park am Gleisdreieck

In den 1970er Jahren war das Gleisdreieck eine Wildnis. Das alte Bahngelände war überwuchert. Der Senat wollte einen Autobahnzubringer bauen. Viele Bürgerinnen und Bürger protestierten und schlossen sich zu einer Bürgerinitiative zusammen. Ihre Forderung war: die Wildnis als Park erhalten!

1994 gab das Land die alten Pläne auf. 1997 fiel die Entscheidung, einen Park anzulegen. Wie der aussehen sollte, wurde in einem langen und manchmal turbulenten Beteiligungsverfahren entschieden.

Nicht nur die Bürgerinitiative sollte zu Wort kommen. Die Beteiligung begann deshalb 2005 mit einer Umfrage bei den Menschen, die rund um den Park wohnten. Die Fragen wurden vorher mit Bürgerinnen und Bürgern abgestimmt.

Der Zweite Schritt war ein Internetdialog, an dem sich rund 200 Menschen beteiligten. Zur selben Zeit fanden Führungen auf dem Gelände statt. Auch da-

„Die Bürgerinnen und Bürger haben diesen Park erkämpft. Ohne sie würde dort heute wohl eine Autobahn verlaufen.“

Constanze A. Petrow, Professorin für Freiraumplanung

bei konnten die Menschen Wünsche und Vorstellungen äußern. Berichte in Zeitung und Fernsehen sowie Infostände im Kiez luden zu diesen Spaziergängen ein.

Wie der Park genau aussehen sollte, entschied ein landschaftsplanerischer Wettbewerb. Daran beteiligten sich 86 Planungsbüros. Eine Jury wählte zunächst elf Büros aus. Diese stellten dann ihre Entwürfe den Menschen vor Ort vor: bei einem Infoabend, in einer Ausstellung und auf Diskussionen.

Viele Ideen aus diesen Diskussionen haben die Planerinnen und Planer aufgegriffen. Beispiele dafür sind der interkulturelle Garten „Rosenduft“ oder der Naturerfahrungsraum für Kinder. Am Ende entschied sich die Jury für den Entwurf von Atelier Loidl. Auf einem Bürgerfest wurde das Ergebnis vorgestellt und gefeiert.

Ende 2006 begannen die Bauarbeiten. 2011 wurde der erste Teil des Parks eröffnet. 2013 folgte der nächste Teil. Seit 2014 ist der ganze Park fertig. Es ist eine neue Art von Stadtpark: entstanden aus der Diskussion mit den Menschen, abwechslungsreich und vielbesucht. Der Park ist seither mehrfach ausgezeichnet worden. Er bleibt dabei offen für Neues: Wie er sich in Zukunft verändert, werden die Menschen weiter mitentscheiden.

„Die Erfahrungen am Gleisdreieck haben die Art verändert, wie ich Parks plane. Anregungen der Menschen vor Ort sind auch für mich als Planer ein Gewinn.“

Leonard Grosch, Atelier Loidl



WIE GEHT BÜRGER- BETEILIGUNG?

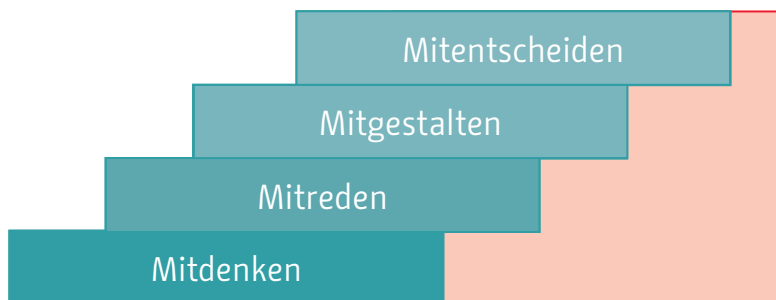
Die Mitsprache der Öffentlichkeit lässt sich auf viele Arten organisieren. Man nennt das: die Form oder Methode der Beteiligung. Diese Formen unterscheiden sich zum Beispiel in Teilnehmendenzahl, Zeitaufwand oder Themen:

- Einige Formen sind auf einen Termin beschränkt, an anderen sollte man regelmäßig teilnehmen.
- Einige brauchen viel Zeit. Andere weniger.
- Einige Formen gelingen am besten mit kleinen Gruppen. An anderen können sich sehr viele beteiligen: manchmal 1000 Menschen und mehr.

- Bei einigen Formen können alle mitmachen, die wollen. Bei anderen muss das Los entscheiden, wer dabei ist. Bisweilen bestimmt auch der Bauherr oder die Bauherrin, wer mitmacht.
- Manchmal geht das Thema alle an, manchmal nur bestimmte Gruppen.

Vier Stufen

Bei Beteiligungen haben die Mitwirkenden recht unterschiedliche Möglichkeiten. Vier Stufen lassen sich unterscheiden: Mitdenken, Mitreden, Mitgestalten und Mitentscheiden.



Stufe 1: Mitdenken

Um mitzudenken muss man Bescheid wissen. Auf dieser Stufe geht es deshalb um Information. Die Aktivitäten sollen erklären, was geplant ist. Man kann darüber streiten, ob das schon echte Beteiligung ist. Sicher ist aber: Nur wer genau weiß, worum es geht, kann auch mitreden. Information ist deshalb die Grundlage für alle weiteren Beteiligungsstufen.

- Ausstellungen
- Schautafeln
- Plakate und Aushänge

Diese Werkzeuge eignen sich, viele Menschen zu informieren. Ihr Vorteil: Sie können gezielt vor Ort eingesetzt werden. Ihr Nachteil: Sie allein lassen noch keinen Meinungsaustausch zu.

- Broschüren
- Newsletter
- Infos im Internet

Vor- und Nachteile ähneln denen von Ausstellungen und Aushängen. Gut ist aber, dass man sich auch zu Hause, unterwegs und zu jeder Zeit informieren kann.

- Infoveranstaltung
- Projektpräsentation

Auf Veranstaltungen kommen alle in persönlichen Kontakt. Das ist ein Pluspunkt. Man lernt die Beteiligten kennen und kann sich mit Gleichgesinnten vernetzen. Nachteile: Man ist an einen festen Termin gebunden. Und bei einer reinen Präsentation bleibt die Chance zum Austausch ungenutzt.

- Zeitungen
- Radio
- TV

Infos zu Projekten werden oft in den Medien veröffentlicht. Vorteil: Auf diesem Weg erreichen sie viele, ohne dass das viel kostet. Nachteil: Angesprochen wird oft nur ein Publikum, das schon aktiv ist und Informationen sucht. Die Redaktionen sind dabei Vermittlerinnen. Das hat weitere Vor- und Nachteile. Einerseits können Journalisten und Journalistinnen Inhalte kritisch hinterfragen und kommentieren. Andererseits können sie aber auch Dinge falsch verstehen oder verkürzen.

Stufe 2: Mitreden

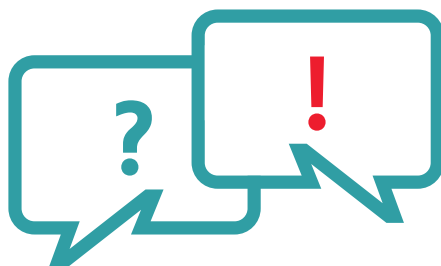
Ziel auf dieser Stufe ist der Dialog. Wer sich beteiligt, darf und soll seine Meinung sagen und die eigenen Interessen vertreten. So ein Austausch setzt voraus, dass man für die Standpunkte und Argumente anderer offen ist. Zu einem Gespräch gehört immer auch das Zuhören. Sonst redet man nicht miteinander, sondern aneinander vorbei.

- Ortsbegehung
- Quartiersrundgang
- Kiezspaziergang

Meist sind es Politiker und Politikerinnen, die zu solchen Terminen einladen. Begehungen finden aber auch mit Planerinnen und Planern statt. Häufig geht es darum, sich einen Eindruck von der Stimmung vor Ort zu verschaffen. Ein Nachteil: Die Zahl der Teilnehmenden ist beschränkt. Aber die Beteiligten lernen sich von Angesicht zu Angesicht kennen. Das ist ein Vorteil. Rundgänge eignen sich deshalb gut als Einstieg in eine Diskussion, die dann an anderer Stelle vertieft wird.

- Ideenwerkstatt

Das ist eine Veranstaltung für fünf bis 25 Personen. In der Regel dauert eine solche Ideenwerkstatt ein oder zwei Tage. Dabei kann man in kurzer Zeit neue Lösungen



entwickeln und diskutieren. Ideenwerkstätten eignen sich gut für das Gespräch zwischen den Generationen. Ihr Nachteil: Es können nur wenige mitmachen.

- Online-Dialog

Gemeint sind Angebote im Internet, die nicht nur informieren: Wer sie nutzt, kann selbst Kommentare hinterlassen. Diese Form erreicht die meisten jüngeren Menschen, längst aber auch viele Ältere. Die Vorteile: Es kostet vergleichsweise wenig. Die Teilnahme ist nicht an Termine, Öffnungszeiten oder einen Ort gebunden. Und die Zahl der Teilnehmenden ist praktisch unbegrenzt.

Stufe 3: Mitgestalten

Auf dieser Stufe stehen Beteiligungen, die ein greifbares Ergebnis bringen sollen. Teilnehmende dürfen und sollen sagen, wie sie etwas haben möchten. Sie können Vorschläge bewerten, selbst welche machen und miteinander diskutieren. Ziel ist es, Interessen nicht nur zu vertreten, sondern sie mit anderen auszuhandeln.

- Runder Tisch

Streitpunkte in der Runde zu diskutieren ist wohl die älteste Form von Beteiligung. Dabei arbeitet die Runde daran, ein Problem zu lösen. Nachteil: Die Zahl der Plätze am Tisch ist beschränkt. Wer mitdiskutiert, muss deshalb gleich die Interessen einer ganzen Gruppe von Menschen vertreten.

- World-Café

Entspannt, fast wie beim Kaffeekränzchen, in kleinen Gruppen diskutieren – das ist das Prinzip eines World-Café. Jeder Tisch bespricht eine andere Frage. Diese Frage steht immer auf der Papiertischdecke. Dort werden auch Lösungsvorschläge aufgeschrieben. Danach diskutieren alle die Ergebnisse der Gruppen. Und am Schluss wird alles in einer Dokumentation festgehalten.

- Zukunftswerkstatt

Diese Veranstaltungsform diskutiert nacheinander drei Fragen: Wo stehen wir? Wo wollen wir hin? Wie schaffen wir das? Ziel ist es, neue Sichtweisen auf ein bekanntes Problem zu finden. Eine Zukunftswerkstatt ist für Menschen jeden Alters und jeder Schulbildung geeignet. Nachteile: Die Zahl der Teilnehmenden ist begrenzt, und die Veranstaltung dauert lange.

- Planungswerkstatt

Eine solche Veranstaltung nimmt Lösungen unter die Lupe, die in anderen Formen erarbeitet wurden. Die Ansätze werden diskutiert, vertieft und bestimmten Orten zugewiesen. So entsteht eine solide Basis für anschließende Entscheidungen – zum Beispiel in einer Behörde.

- Weitere Möglichkeiten

Mitmachangebote bieten bei vielen Projekten die Chance, ganz konkret mitzugestalten. Das können zum Beispiel Kreativwerkstätten sein. Auch Kinder und Jugendliche werden auf diese Weise in die Planung und Gestaltung ihres Spielplatzes, ihrer Klassenräume oder ihres Schulhofs einbezogen.

Stufe 4: Mitentscheiden

Auf dieser letzten Stufe treffen die Beteiligten gemeinsam mit anderen Entscheidungen. Sie vertreten dafür die Stimme der Bürgerinnen und Bürger in einem Gremium. Dabei können sie aber nicht allein und auch nicht alles entscheiden. Geht es um ein konkretes Bauvorhaben, steht meist nicht zur Debatte, ob gebaut wird. Entschieden wird, was gebaut wird und wie.

- Projektbeirat

Projektbeiräte sind eine Sonderform des runden Tisches. In einem solchen Beirat arbeiten auch Anwohnerinnen und Anwohner mit. Er begleitet ein bestimmtes Projekt über lange Zeit – oft von Anfang bis Ende. Sitzungen der Projektbeiräte bereiten wichtige Entscheidungen der Planungsbehörden vor.

- Mieterat

Bei den sechs städtischen Wohnungsgesellschaften Berlins gibt es seit 2016 Mieteräte – einen für jede Gesellschaft. Das ist in Berlin per Gesetz vorgeschrieben. Mieteräte werden aus der Mieterschaft gewählt. Sie bestimmen mit, wie sich das Unternehmen entwickeln soll. Das schließt die Neubauaktivitäten ein.

www.t1p.de/0451

- Architekturwettbewerb

In der Jury jedes Planungswettbewerbs sitzen zum einen Fachpreisrichter und -preisrichterinnen. Das sind Leute aus der Planung. Zum anderen gibt es Sachpreisrichter und -preisrichterinnen. Sie vertreten meist die Bauherrenseite und kommen oft aus der Baubranche, der Finanzwelt oder aus der Wirtschaft. Vor allem bei öffentlichen Bauvorhaben wird aber manchmal ein Platz in der Jury mit einer Person besetzt, die Anwohnerinnen und Anwohner vertritt. Diese Person hat dann volles Stimmrecht. Sie entscheidet also mit, welcher Entwurf gewinnt.

- Bürgerhaushalt
- Kiezkasse
- Quartiersfonds

Die Politik stellt in Berlin Geldtöpfe bereit, um Maßnahmen vor Ort zu ermöglichen. Zu diesen Töpfen gehören bezirksweite Bürgerhaushalte oder Kiezkassen für ein bestimmtes Quartier. Beides gibt es mittlerweile in mehreren Bezirken. Die Quartiersfonds im Quartiersmanagement funktionieren auf dieselbe Weise. Wie viel Geld wofür verwendet wird, entscheidet dabei immer ein Gremium. Diese Gremien sind ganz oder überwiegend mit Anwohnern und Anwohnerinnen besetzt.

AUF DIE MENSCHEN ZUGEHEN

Wer selbst aktiv wird, hat viele Chancen, sich zu beteiligen. Das können aber einige nicht so gut wie andere. Weil sie vielleicht nicht so gut deutsch sprechen. Weil sie sich so etwas nicht zutrauen. Weil sie wenig Zeit haben. Oder weil sie nicht oder nicht mehr so beweglich sind.

Damit wirklich alle mitreden können, muss die Beteiligungsform zur angesprochenen Gruppe passen.

Senioren und Seniorinnen, Menschen mit Behinderung, Menschen mit anderer Muttersprache, Kinder, Jugendliche und andere haben eigene Bedürfnisse. Es ist wichtig, darauf einzugehen:

- Eine Möglichkeit sind aufsuchende Formen. Dabei spricht man die Menschen, die ein Thema angeht, direkt an. Man wartet nicht ab, ob jemand kommt. Man geht zu ihnen. Zu diesen Formen gehören Befragungen vor Ort, Bürgersteiggespräche und einige weitere.
- Ein anderes Beispiel ist Imece, eine Beteiligung für türkisch sprechende Menschen. Diese Form wurde im

Wrangelkiez entwickelt. Imece heißt: gemeinsame Arbeit – und genau darum geht es. Mitreden heißt hier auch mit anpacken. Es beginnt mit einer Befragung auf Straßen und Plätzen. Die Ergebnisse werden allen vorgestellt, die mitgemacht haben. Und am Ende werden die Maßnahmen gemeinsam umgesetzt.

- Weitere neue Formen kommen dazu, weil sich unsere Gesellschaft verändert. Zum Beispiel werden soziale Medien immer wichtiger. Welche Chancen bieten Facebook, WhatsApp und Co., um Zugewanderte an der Stadtentwicklung zu beteiligen? Diese Frage untersucht jetzt das Forschungsvorhaben INTERPART des Bundes.



AUCH KINDER UND JUGENDLICHE SIND GEFRAGT!

Beteiligung darf keine Frage des Alters sein. Immerhin ist einer von sechs Menschen in Berlin unter 18. Kinder und Jugendliche sollen deshalb laut Senat von Land und Bezirken an allen Planungen beteiligt werden, die sie betreffen. Das ist auch klar gesetzlich geregelt. Die Stiftung SPI hat für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Berlin extra ein Internetportal eingerichtet:

www.mitbestimmen-in-berlin.de

- Schwerpunktthema beim Bauen sind natürlich Orte zum Lernen und Spielen. Schulhöfe und Spielplätze werden heute kaum noch geplant, ohne vorher die Kinder zu fragen.
- In der Stadtentwicklung geht es zudem um Themen, die weit in die Zukunft reichen. Deshalb ist es wichtig, gerade die Jüngeren in die Planung einzubinden. Auch dafür ein Beispiel: Gruppen von Schülern und Schülerinnen haben aus diesem Grund an der BerlinStrategie 2030 mitgewirkt.
- Weitere Kinder- und Jugendbeteiligungen finden bei Projekten des Quartiersmanagements statt. Es gibt sie aber auch bei Architekturwettbewerben.
- In zwei Berliner Bezirken gibt es ein Kinder- und Jugendparlament: in Charlottenburg-Wilmersdorf und in Tempelhof-Schöneberg. Kinder und Jugendliche können dort Anträge stellen. Dabei geht es auch um Themen aus Stadtentwicklung und Verkehr. Nimmt das Parlament einen Antrag an, geht dieser Beschluss an die Bezirksverordnetenversammlung. Diese berücksichtigt ihn bei ihren Entscheidungen.
- Seit 2013 gibt es außerdem den Jugend-Demokratiefonds. Jugendgruppen können sich dort mit eigenen Projekten bewerben. Spezielle Jugendjurys entscheiden dann darüber, welche Projekte Geld aus diesem Topf erhalten.

EIN ERGEBNIS, MIT DEM ALLE GLÜCKLICH SIND

Lerninseln am Albert-Schweitzer-Gymnasium

Im Januar 2018 hat das Albert-Schweitzer-Gymnasium in Neukölln sein frisch saniertes Annex-Gebäude* eingeweiht. Die Schule im Neuköllner Flughafenkiez stammt aus dem Jahr 1909. Ihre Bauten wurde Schritt für Schritt für den Betrieb als Ganztagschule fit gemacht. Fast zehn Jahre hat das gedauert.

Die Schülerinnen und Schüler haben sich in dieser ganzen Zeit am Umbau beteiligt: Es gab Projekte mit Architekturbüros, Ideenwettbewerbe und viele andere Aktivitäten – mal mit allen, mal im Unterricht der einzelnen Klassen.

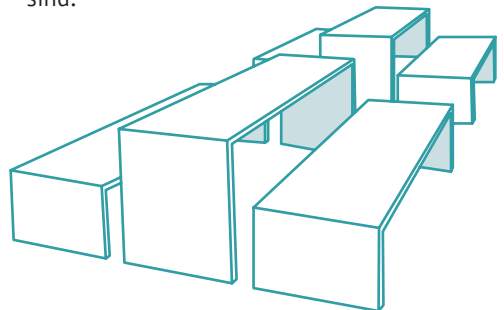
Für die breiten Flure im Annex-Gebäude hatten die Kinder und Jugendlichen eine besonders schlaue Idee. Der Schule fehlt Platz. Deshalb sollten die Flure besser genutzt werden. Jetzt kann man dort Hausaufgaben machen oder sein Pau-

„Die Begeisterung war groß, aber die Bauaufsicht erlaubte nur eine abgespeckte Form.“

Karin Kullick, Schulleiterin

senbrot essen. Man kann sich dort auch zur Gruppenarbeit zusammensetzen oder einfach nur abhängen.

Das Ergebnis sind vier Lerninseln, die heute genau dafür genutzt werden. Nur in einem Punkt ließen sich die Wünsche der Kinder nicht erfüllen: Ihr Entwurf glich eher einer Lounge: wohnlich und mit beweglichen Möbeln. Das war aus Brandschutzgründen nicht möglich. Deshalb sind jetzt Tische und Bänke fest im Boden verankert. Schön sind die Lerninseln trotzdem – und ein gelungener Kompromiss, mit dem alle zufrieden sind.



* Annex ist ein altes Wort für Anbau oder Seitenflügel.

WAS SPRICHT DAFÜR? UND WAS DAGEGEN?

Über Beteiligung wird viel diskutiert. Die einen finden sie richtig und unverzichtbar. Andere stellen ihren Sinn infrage. Ihre Gegenargumente klingen auf den ersten Blick oft stichhaltig. Schaut man aber genauer hin, zeigt sich: Die Kritik

gilt meist der konkreten Praxis, nicht der Beteiligung an sich. Wird Beteiligung gut organisiert, hat sie Vorteile für alle. Denn vom Miteinander profitieren auch diejenigen, die Beteiligung heute noch kritisieren.

*Stimmt schon, dass viel gebaut werden muss.
Aber bitte nicht bei mir!*

Diesen Einspruch hört man leider oft. Die Frage ist dann aber: „Wenn nicht hier, wo sonst?“ Eine Antwort darauf lässt sich nur gemeinsam finden. Wer neu in der Stadt ist, hat dasselbe Recht, hier gut zu leben, wie jene, die schon lange hier sind. In der wachsenden Stadt ist deshalb Solidarität gefragt. Wir sind nicht nur für Stadt und Kiez mit verantwortlich, sondern auch für unsere Mitmenschen.

*Wenn alle mitreden wollen,
kommt man doch nie auf
den Punkt!*

*Frühe Beteiligung verkürzt
die Planungszeit.*

Beteiligung dauert zu lange und kostet zu viel, meinen einige Bauwillige. Andere wissen aus Erfahrung: Gut organisierte Beteiligung führt kaum zu Verzögerungen. Im Gegenteil: Wenn später Widerstände aufbrechen, drohen deutlich mehr Probleme – vom aufwendigen Umplanen bis hin zum Scheitern des Projekts.

Da weckt die Verwaltung doch nur Wünsche, die sie dann nicht erfüllt!

Auch in Politik und Behörden fehlt Einzelnen noch das Verständnis. Mit ein Grund: Die Gesetze zur formellen Beteiligung stammen aus einer ganz anderen Zeit. Damals ging es vor allem um Rechtssicherheit – und erst in zweiter Linie um Teilhabe. Wir brauchen trotzdem keine anderen Gesetze, sondern eine Kultur der Beteiligung. Sie kann die alten Regeln mit neuem Leben füllen. Diese Kultur wächst in den Verwaltungen auf breiter Front. Sie entsteht aber nicht von heute auf morgen.

*1.000 Verfahren und jedes ist anders!
Muss das so unübersichtlich sein?*

Es gibt sehr viele Formen und Verfahren. Das ist sinnvoll, um jedem Fall gerecht zu werden. Diese Vielfalt hat sich aber entwickelt – und entwickelt sich weiter. Deshalb ist es jetzt wichtig, Standards zu schaffen und zu schauen: Wie bringen wir System in die Sache?

Schön und gut, dass man uns fragt. Aber warum können wir nicht gleich selbst entscheiden?

Wir sind selbst Expertinnen und Experten für unser Leben. Aber die wenigsten von uns sind zugleich Fachleute im Planen und Bauen oder in Rechts- und Gesetzesfragen. Zudem gibt es in Deutschland ein „Verbot der Vorwegbindung“. Das bedeutet: Beteiligung darf die Entscheidungsfreiheit gewählter politischer Gremien nicht einschränken. Das gilt auch für Behörden. Wer entscheidet, muss rechtsverbindlich entscheiden und trägt dann auch die volle Verantwortung – mit allen Konsequenzen.



*Entscheidend ist nicht nur, wann
Beteiligung anfängt, sondern auch,
wann sie endet.*

Beteiligung ist ein Prozess, auf dem weitere Schritte aufbauen. Gute Planung gelingt deshalb nur, wenn am Ende der Beteiligung ein Ergebnis steht, das – einmal gefunden – nicht gleich wieder infrage gestellt wird. Alle müssen sich an die Spielregeln halten und darauf verlassen können, dass auch alle anderen das tun.

*Beteiligung ist niemals
verkehrt, aber fast immer
anstrengend.*

*Ich habe weder Zeit noch
Lust, zu allem meine
Meinung zu sagen.*

Sich zu beteiligen kostet Zeit und Energie. Der Gewinn, den man davon hat, wiegt die Mühe aber fast immer auf. Trotzdem ist es auch völlig in Ordnung nicht mitzumachen. Jede Beteiligung ist ein Angebot. Niemand ist gezwungen teilzunehmen. Klar sein muss einem aber: Damit verzichtet man auf Gestaltungsmöglichkeiten.



Eigentlich gehe ich hin, um Leute in derselben Situation zu treffen.

Gleichgesinnte treffen und sich mit ihnen vernetzen, ist ein legitimer Grund sich zu beteiligen. Mitmachen kann auch dann sinnvoll sein, wenn die Chance, etwas zu bewirken, gering erscheint. Andere Menschen und andere Ansichten kennenzulernen erweitert den Horizont. Es kann helfen, wenn man neu im Kiez ist. Und es ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Kultur des Miteinanders.

Das ist nur was für Intellektuelle, die viel Zeit haben.

Richtig ist: Menschen aus der Mittelschicht mit hohem Bildungsstand und ausreichend Zeit engagieren sich häufiger als andere. Das kann und soll sich aber ändern: Wer eine Beteiligung anbietet, kann Formen wählen, die das Mitmachen erleichtern. Und Angesprochene sollten sich trauen, selbst aktiv zu werden.

WIE GEHT ES WEITER?

Breite Beteiligung steht erst am Anfang. Berlin hat zwar schon viele Erfahrungen gesammelt, an den Formen gearbeitet und den Willen zu mehr Beteiligung bekundet. Jetzt gilt es aber, eine Kultur der Beteiligung im Denken und Handeln aller zu verankern. Daran wird auf unterschiedlichsten Ebenen gearbeitet. Die Ziele lauten: mehr Standards, mehr Verbindlichkeit, mehr Transparenz.

- Ende 2019 sollen klare Leitlinien vorliegen, wie sich Berliner und Berlinerinnen künftig an der Stadtentwicklung beteiligen können. Das hat der Senat 2017 beschlossen. Seither wird an diesen Leitlinien

gearbeitet. Diese Arbeit ist selbst als Beteiligungsprozess organisiert – mit Stadtforen, Werkstätten und einem Online-Dialog.

- Der Bezirk Mitte hat eigene Leitlinien vorgelegt und ein Büro für Beteiligung eröffnet. Lichtenberg hat einen einfachen Leitfaden veröffentlicht und arbeitet ebenfalls an Leitlinien. Auch andere Bezirke sind aktiv.
- Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften haben ebenfalls diskutiert, wie sie die Menschen besser beteiligen können. Unterstützt hat sie dabei die Forschungseinrichtung Humboldt-Viadrina Governance Platform.

Online-Dialog
Leitlinien für Beteiligung in Berlin
www.leitlinien-beteiligung.berlin.de

Leitlinien für Partizipation im Wohnungsbau
(städtische Wohnungsbaugesellschaften)
www.t1p.de/cmk7

Büro für Bürgerbeteiligung Mitte
Rathaus Wedding, Raum 325
Tel (030) 90 18-42393
buergerbeteiligung@ba-mitte.berlin.de

Leitlinien für Bürgerbeteiligung bei
Bauvorhaben in Lichtenberg
www.t1p.de/8c5l

Leitlinien für Bürgerbeteiligung Mitte
www.t1p.de/nz51

Aus den Grundsätzen der Leitlinien für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Stadtentwicklung

in leichter, zielgerichtete, barrierefreie Ansprache
verständlicher, **RECHENSCHAFT ZUM UMGANG MIT**
Sprache **DEN ERGEBNISSEN GEBEN**
neutrale Begleitung und Moderation

möglichst viele klare Form für das relevante
verschiedene Menschen Ergebnis definieren Altersgruppen
und Gruppen erreichen aktiv und direkt
sich respektvoll und wertschätzend begegnen private Bauherrinnen und ansprechen
Bauherren für mehr

bereits in der Frühphase **WER WIE BETROFFEN**
im des Projekts beteiligen **IST IN EINEM**
Rahmen der Spielräume den Menschen Zeit **KONZEPT**
Ergebnisoffenheit garantieren lassen, um sich **FESTHALTEN**
ehrlich und offen aufklären sachkundig zu machen

Gründe nennen, wenn Belange nicht
Entscheidungsspielräume festlegen berücksichtigt wurden
Interessen, Rollen und benachteiligte Menschen
Machtverhältnisse und Gruppen stärken
transparent machen und einbinden

Rechenschaft zum Umgang
mit den Ergebnissen
geben



WEN KANN ICH ANSPRECHEN?

Stadtwerkstatt

Die Stadtwerkstatt ist Anlaufstelle für die Entwicklung im Berliner Zentrum. Sie ist im ersten Stock der Arkaden am Alex untergebracht und steht allen Interessierten offen. Den Namen darf man wörtlich nehmen: In der Stadtwerkstatt wird gearbeitet. Das Motto: Wir machen Berlin!

- Hier kann man sich informieren, diskutieren und Ideen entwickeln.
- Eine mitwachsende Ausstellung zeigt den Stand der Diskussion.
- Laufend finden Veranstaltungen des

Senats statt: jeden Monat ein Forum und viermal im Jahr Projektwerkräume zu konkreten Vorhaben.

- Unabhängige Gruppen nutzen die Räume für ihre eigene Projektarbeit.
- Die Geschäftsstellen von Stadtwerkstatt und Standortmanagement sind ebenfalls hier untergebracht.

Stadtwerkstatt Berlin-Mitte

Karl-Liebknecht-Straße 11, 10178 Berlin

Tel. (030) 54 90 77 08

post@stadtwerkstatt.berlin

Di. 15 bis 19 Uhr

Do. 10 bis 14 Uhr

www.stadtwerkstatt.berlin

Büros der Quartiersmanagements

In 34 Kiezen Berlins gibt es derzeit Quartiersmanagements. Diese Teams unterstützen die lokale Entwicklung und vernetzen die Menschen vor Ort. Ihre Büros sind deshalb ideale Anlaufstellen, um mehr über Beteiligungsangebote in der Nachbarschaft zu erfahren.

www.quartiersmanagement-berlin.de

BENN-Büros

Das Gleiche gilt für die 20 BENN-Büros. BENN steht für: Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften. Die Büros im Umfeld großer Flüchtlingsunterkünfte fördern ein gutes Zusammenleben im Kiez und vernetzen neue und alteingesessene Nachbarn und Nachbarinnen.

www.t1p.de/Ilff

WO ERFAHRE ICH MEHR?

Wer sich in Berlin an Bauen und Stadtentwicklung beteiligen will, kann das auch im Internet tun. Die Adresse dafür lautet: www.mein.berlin.de

Die offizielle Beteiligungsplattform des Landes Berlin zeigt, welche Beteiligungen gerade laufen. Sie listet dabei formelle und informelle Beteiligungen auf. Fast täglich kommen neue Angebote hinzu. So wächst eine Übersicht zusammen, die alle Beteiligungsangebote in der Stadt zeigt.

Die Seite dient aber nicht nur der Information: Wer www.mein.berlin.de besucht, kann sofort einsteigen und mitgestalten. Je nach Verfahren kann man Vorschläge machen, Kommentare hinterlassen oder über Lösungsvarianten abstimmen.

Weitere Infos zu allen Themen rund um Bauen und Stadtentwicklung findet man auf der Webseite der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen: www.stadtentwicklung.berlin.de

Dort sind zum Beispiel alle laufenden Bebauungsplanverfahren aufgelistet: www.t1p.de/z6na

Außerdem findet man auf der Seite viele Infos zu Partizipation: www.t1p.de/q1qq



Impressum

Autor: Louis Back

Gestaltung: ariadne an der spree GmbH

Herausgeberin:

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Amerika Haus

Hardenbergstraße 22–24

10623 Berlin

www.berlin.de/politische-bildung

Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag jeweils 10 bis 18 Uhr

Fachliche Unterstützung:

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

Württembergische Straße 6

10707 Berlin

www.stadtentwicklung.berlin.de

Die Herausgeberin ist für den Inhalt der angeführten externen Internetseiten nicht verantwortlich.

Berlin, im Mai 2019



Berliner Landeszentrale
für politische Bildung

Berlin verändert sich: In der Stadt wird viel gebaut. Aber wer baut was? Wie entsteht so ein Bauprojekt? Wie funktioniert Stadtentwicklung? Und wer redet dabei alles mit?

Sicher ist: Wie die Stadt sich entwickelt, geht nicht nur die an, die bauen. Deshalb gibt es Bürgerbeteiligung. Was aber ist das genau? Wie läuft sie ab? Wer beteiligt wen, wann und warum? Was spricht für Beteiligung, was dagegen? Wie kann ich selbst aktiv werden? Wen kann ich ansprechen? Und wo erfahre ich mehr?

Diese Broschüre gibt Antworten.

